

PRESSEMITTEILUNG

TELEFAX – 1 SEITE

**SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG**

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Beratungen des Bundesverkehrswegeplanes stehen bevor Nürnberger SPD-Politiker sprechen sich gegen Ortsumgehung Stein aus

Vor Ostern wird wahrscheinlich der erste Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplanes veröffentlicht. Trotz erheblicher Bedenken in Nürnberg hat die Bayerische Staatsregierung die Ortsumgehung Stein, die am neuen Verkehrskreisel Wiener Straße/Vorjurastraße enden würde, für eine Aufnahme angemeldet.

Die beiden SPD-Politiker Helga Schmitt-Bussinger und Thorsten Brehm fordern, dass Staatsminister Herrmann das Projekt zurückzieht. „Ein Ausbau über die B14 zum Hafen würde zu nennenswerten Verkehrssteigerungen im Nürnberger Süden führen“, meint der Nürnberger SPD-Vorsitzende Brehm. „Das kann nicht die Lösung sein. Deswegen lehnen wir das Projekt ab!“

Kritik übt die Landtagsabgeordnete Schmitt-Bussinger auch an der Informations- und Beteiligungspolitik der Staatsregierung. „Wer eine Maßnahme mit einem 1,9 Kilometer langen Tunnel und über 130 Millionen Euro Baukosten vorantreibt, kann das nicht über die Köpfe der Menschen und zuständigen Kommunen hinweg tun. Die Stadt Nürnberg ist bei den Planungen überhaupt nicht beteiligt worden. Die Trasse fügt sich deshalb auch nicht in ein übergreifendes Verkehrskonzept ein.“

Die beiden Sozialdemokraten halten eine U-Bahn-Anbindung von Stein nach wie vor für die bessere Variante. „Das wäre ökologisch und verkehrspolitisch zielführender und auch noch kostengünstiger“, unterstreichen Brehm und Schmitt-Bussinger. „Es müssten aber die derzeit gültigen Zuschussskriterien etwas angepasst werden, damit das Projekt förderfähig wird. Hier sollte sich die Staatsregierung endlich einmal ins Zeug legen. Das wäre konstruktiver.“

Der Nürnberger Stadtrat hatte 2005 beschlossen, die Verlängerung der Wiener Straße zur Reichelsdorfer Hauptstraße aus dem Flächennutzungsplan zu streichen. Auf dieser Trasse sind mittlerweile Wohnhäuser gebaut worden, weshalb das staatliche Bauamt nun die kostenintensive Tunnellösung ins Spiel gebracht hat.

Nürnberg, 5. Februar 2016